

AMTSBLATT OBERSCHÖNA



Amtliches • Mitteilungen aus dem Ortsgeschehen • Veranstaltungen • Anzeigen

*Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und Macheath, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht*

*(Berthold Brecht
„Die Moritat von Mackie Messer“)*

Liebe Einwohner der Gemeinde Oberschöna,

es sind für alle schwierige Zeiten und als wäre die Bewältigung der Corona-Pandemie nicht schon genug, gibt es gerade viel Unruhe in der Gemeinde, weil die Mittelsächsische Windpark GmbH & Co.KG aus Großschirma und die Leipziger Stadtwerke erst 4, jetzt reduziert 2 Windenergieanlagen zwischen Kleinschirma und Kleinwaltersdorf planen und errichten wollen. Dafür haben die Unternehmen ohne Beteiligung der Gemeinden und der betroffenen Einwohner entsprechende Anträge auf Vorbescheid beim Landratsamt Mittelsachsen gestellt. Die Gemeinde Oberschöna hat am 04. Februar 2021 davon Kenntnis erhalten.



Es ist fadenscheinig und schlicht die Unwahrheit, wenn im Flyer der Leipziger Stadtwerke steht: **„Sie als Anwohner und Interessierte möchten wir von Beginn an einbeziehen ...“**

Von einem kommunalen Unternehmen empfinde ich diese Vorgehensweise als hinterhältig und arrogant. Erst werden Millionen oder gar Milliarden Euro für die Renaturierung des Leipziger Umlandes ausgegeben und dann wird unser Weiterbe „Montanregion Erzgebirge“ stellvertretend erheblich beschädigt. Der Gemeinderat hat sich schon vor Jahren aus vielen Gründen gegen Windenergieanlagen in diesem Gebiet ausgesprochen. Die Vorbereitungen der Unternehmen laufen fast diese gesamte Zeit. Das Gegenteil ist also der Fall! Es wird alles unternommen, um uns bei der Genehmigung außen vor zu lassen und uns hinter Licht zu führen. Das ist nicht gesetzwidrig, für mich jedoch höchst unmoralisch.

Die Antragsteller nutzen alle Möglichkeiten und Spielräume der Gesetzgebung aus. Nun stellt sich für mich die Frage, warum ist das noch möglich?

Im sächsischen Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Bündnis90 Grüne 2019 – 2024 steht: **„Im Rahmen bundesrechtlicher Regelungen werden wir im Freistaat Sachsen den Mindestabstand von neuen Windenergieanlagen zur Wohnbebauung auf 1000 Meter festlegen. Das schafft Planungssicherheit.“**

Darum meine konkrete Forderung an die sächsische Staatsregierung mindestens diesen Teil des Vertrages umgehend zu erfüllen und Verhinderer konkret zu benennen.

Das ist es, was wir als Wähler wollen: Offenheit, Transparenz und besonders, keine versteckten Messer.

*Ihr Bürgermeister
Rico Gerhardt*

Öffentliche Bekanntmachungen

■ Beschluss des Gemeinderates Oberschöna in der Gemeinderatssitzung am 25. März 2021 – öffentlicher Teil

Beschluss Nr.: 083/07-2020: Der Gemeinderat der Gemeinde Oberschöna beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet „Sondergebiet Photovoltaik Kleinschirma“. Der Lageplan Anlage 1 vom 16.03.2021 ist Bestandteil der Satzung.

■ Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet „Sondergebiet Photovoltaik Kleinschirma“

Nach den §§ 14, 16, 17 und 18 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist in Verbindung mit § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, hat der Gemeinderat Oberschöna am 25.03.2021 folgende Veränderungssperre beschlossen:

■ § 1 Anordnung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplans „Sondergebiet Photovoltaik Kleinschirma“ in der Gemeinde Oberschöna wird eine Veränderungssperre angeordnet.

■ § 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich umfasst folgende Flurstücke bzw. Teilflächen von: 90/1, 89/1, 88/4, 266/6, 85/3, 84/1, 83/6, 82/1, 81/12, 181, 78/1 der Gemarkung Kleinschirma.

Für den räumlichen Geltungsbereich ist der Lageplan Anlage 1 vom 16.03.2021 maßgebend, der Bestandteil der Satzung ist.

■ § 3 Inhalt und Rechtswirkung der Veränderungssperre

1. Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen gemäß § 14 Abs. 1 BauGB
 - a) Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt werden oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden.
 - b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
2. Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
3. In Anwendung von § 14 Abs. 2 BauGB kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden, wenn überwiegend öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Die Entscheidung hierüber trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

■ § 4 Inkrafttreten

Die Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft. § 10 Abs. 3 S. 2 bis 5 BauGB gilt entsprechend.

■ § 5 Geltungsdauer

Die Geltungsdauer richtet sich nach § 17 BauGB. Die Veränderungssperre kann während der üblichen Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Oberschöna, An der Hauptstr. 10 eingesehen werden. Jedermann kann die Veränderungssperre einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen. Eine Verletzung der in § 214 bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gemäß § 215 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts gelten gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 S. 2 und 3 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Oberschöna, den 26.03.2021

Rico Gerhardt
Rico Gerhardt
Bürgermeister



Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gilt die Satzung – sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht,

1. wenn die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Oberschöna, den 26.03.2021

Rico Gerhardt
Rico Gerhardt
Bürgermeister

